



Stadtparkasse Rheine

**Bericht zum
Geschäftsjahr 2009**

157. Geschäftsjahr

Stadtsparkasse Rheine

Anstalt des öffentlichen Rechts

Geschäftsstellen

HAUPTSTELLE		Kardinal-Galen-Ring 33
GESCHÄFTSSTELLE 1	„Emstor“	Osnabrücker Straße 69
GESCHÄFTSSTELLE 2	„Dorenkamp“	Windthorststraße 31
GESCHÄFTSSTELLE 3	„Südesch“	Hemelter Straße 77
GESCHÄFTSSTELLE 4	„Schotthock“	Bonifatiusstraße 81 - 83
GESCHÄFTSSTELLE 5	„Eschendorf“	Osnabrücker Straße 272
GESCHÄFTSSTELLE 6	„Wietesch“	Salzbergener Straße 100
GESCHÄFTSSTELLE 11	„Mesum“	Alte Bahnhofstraße 13 a
SB-GESCHÄFTSSTELLE	„Altenrheine“	Lambertiring 2
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Westpark“	Felsenstraße 3
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Hauenhorst“	Mesumer Straße 23
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Elte“	Ludgerusring 39

Der Träger der Sparkasse ist die Stadt Rheine. Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Westfalen-Lippe (früher Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband) in Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Bonn, angeschlossen.

LAGEBERICHT

Sparkasse

Gründung und Sitz	Die Stadtparkasse Rheine mit Sitz in Rheine wurde im Jahr 1852 gegründet.
Handelsregister-eintragung	Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nr. A 3488 im Handelsregister eingetragen.
Rechtsform und Verbandszugehörigkeit	Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Pflichtmitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL), Münster [früher Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband (WLSGV)] und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.
Träger	Träger des Instituts ist die Stadt Rheine.
Satzungsrechtliches Geschäftsgebiet	Geschäftsgebiet ist das Gebiet der Stadt Rheine, des Kreises Steinfurt sowie das Gebiet der angrenzenden Landkreise.
Mitgliedschaft im Einlagensicherungssystem	Das Unternehmen ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem gewährleistet, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen. Daneben besteht für die Sparkassen in Westfalen-Lippe zusammen mit der WestLB AG und der Westdeutschen ImmobilienBank AG, Mainz, ein zusätzlicher Reservefonds auf regionaler Ebene.
Geschäftsstellen	Die Sparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet an insgesamt 12 Standorten vertreten. Davon sind vier SB-Geschäftsstellen, von denen drei in Kooperation mit der Volksbank Nordmünsterland eG betrieben werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2009

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	Die Anfang 2009 geäußerten Befürchtungen für einen deutlichen Rückgang des weltweiten Brutto-Sozialproduktes bestätigten sich im Jahresverlauf in einem Maße, wie es die Weltwirtschaft seit vielen Jahrzehnten nicht erlebt hat. Die Intensität dieser Entwicklung war in den wichtigsten Industrienationen unterschiedlich ausgeprägt, bis zum Absturz in die Rezession, in einzelnen Fällen bis in die unmittelbare Nähe eines Staatsbankrottes. Somit hatte sich die seit 2007 von den USA ausgehende Finanzkrise global auf die Realwirtschaft ausgedehnt, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika erfasst, aber auch deutliche Bremsspuren in China gezeigt. Durchschnittlich verzeichneten die OECD-Länder im Vorjahresvergleich ein Schrumpfen der Industrieproduktion von 16,6 % und eine Verringerung des realen Bruttoinlandsproduktes von 4,7 %. Für das gesamte Jahr 2009 ist davon auszugehen, dass die Weltproduktion um 1,1 % abgenommen hat und der Welthandel um 11,5 % gesunken ist. Angesichts der Schärfe des wirtschaftlichen Einbruchs setzte die allmähliche Stabilisierung der Produktion zur Jahresmitte relativ früh ein. Die Industrie verzeichnete seit dem 2. Quartal wieder leichte Zuwächse und der Welthandel entspannte sich zunehmend. Die wirtschaftliche Stabilisierung in der 2. Jahreshälfte 2009 deutet zwar darauf hin, dass der Tiefpunkt der Krise überwunden ist. Insgesamt ist für 2010 jedoch lediglich von einer verhaltenen Erholung der Weltwirtschaft auszugehen. Die prognostizierten Zuwachsraten der Produktion in Höhe von 3,0 % und des Handels in Höhe von 4,5 % werden deutlich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre liegen.
--	--

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Nach dem dramatischen Rückgang der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2008/2009 hat sich die deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2009 stabilisiert. Der Einbruch war durch einen historisch einmaligen Rückgang der Exportnachfrage und der Ausrüstungsinvestitionen gekennzeichnet. Der synchrone weltweite Nachfragerückgang traf die deutsche Volkswirtschaft aufgrund ihrer im internationalen Vergleich hohen Exportquote besonders hart. Die Rückgänge der Ausfuhr summierten sich in der 1. Jahreshälfte auf 18,9 %. Die sinkende Auslandsnachfrage bewirkte einen Rückgang der Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe bis zur Jahresmitte 2009 auf 71,3 %. Einschränkungen bei den Ausrüstungsinvestitionen im 1. Halbjahr 2009 um 21,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum waren die Folge. Im Ergebnis ist für das gesamte Jahr von einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 5,0 % auszugehen. Die Wirtschaftsleistung wurde damit auf das Niveau des Jahres 2005 zurückgeworfen.

Innerhalb der Europäischen Union verzeichnete Deutschland mit + 0,4 Prozentpunkten den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Durch die gesetzliche Erweiterung und die intensive Nutzung von Kurzarbeit sowie den Abbau von Arbeitszeitguthaben konnten viele Beschäftigungsverhältnisse gesichert werden. Die Zahl der Erwerbstätigen blieb mit mehr als 40 Millionen überraschend hoch. Die Arbeitslosenquote lag am Jahresende bei 7,8 %.

Die Inflationsrate bildete sich im Jahresdurchschnitt unter Schwankungen auf + 0,4 % (2008: + 2,6 %) zurück, dem niedrigsten Wert im wiedervereinigten Deutschland. Im Dezember 2009 hatte sich der Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahresmonat mit + 0,9 % wieder verstärkt.

Finanzmärkte und Kreditwirtschaft

Die Notenbanken reagierten auf die zunehmende Verschlechterung der konjunkturellen Aussichten mit weiteren Senkungen der Leitzinssätze. Dadurch verminderten sich auch die realen kurzfristigen Zinssätze und zusammen mit weiteren qualitativen sowie quantitativen geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen konnten die Finanzmärkte stabilisiert werden. Die Leitzinssätze standen Ende Januar 2010 im Euro-Raum bei 1,0 %, in den USA weiterhin bei 0 % und in Großbritannien bei 0,5 %.

Obwohl im Verlauf des Jahres weitere Stützungsmaßnahmen zugunsten einzelner Kreditinstitute notwendig wurden, in Deutschland begleitet durch zwei Nachbesserungen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, normalisierte sich die angespannte Liquiditätslage sowie der Geld- und Kapitaltransfer zwischen den Banken. Mit weiteren staatlichen Hilfen wurden die Stützung der Commerzbank AG und das Auffangen der Hypo Real Estate Bank fortgesetzt.

Zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, wurde mit Statut vom 11. Dezember 2009 eine Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Nicht strategiekonforme Geschäftsteile wurden in diese Abwicklungsanstalt ausgegliedert. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, an dem die Sparkasse Rheine beteiligt ist, ist entsprechend seinem Anteil an der Abwicklungsanstalt verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2.250 Mio. Euro zu übernehmen.

Die Mitgliedssparkassen des SVWL werden zur Abdeckung dieses Gesamthöchstbetrages in den nächsten 25 Jahren, beginnend in 2010, aus künftigen Gewinnen jährliche Raten in eine Rücklage einstellen. Hinsichtlich der Ansparleistung findet nach Ablauf von 10 Jahren, also zum 31.12.2019, eine Revision statt. Sind bis dahin keine wesentlichen, die erwarteten Verluste der Abwicklungsanstalt übersteigenden Verluste aufgetreten, kann unter Voraussetzung der Zustimmung aller Beteiligten eine weitere Ansparung unterbleiben.

Grundzüge der regionalen Wirtschaftsentwicklung im Geschäftsgebiet der Sparkasse

Nach dem historischen Konjunkturtief des vergangenen Jahres, die Talsohle der zyklischen Entwicklung war im späten Frühjahr 2009 erreicht, wird Anfang 2010 erkennbar, dass die Wende zum Besseren geschafft wurde, aber es der Erholung noch deutlich an Schwung fehlt.

So liegt der Indikator für das Wirtschaftsklima der IHK Nordwestfalen mit 104 Punkten über dem langfristigen Durchschnitt – das ist eindeutig positiv. Aber er stützt nicht die Hoffnung auf eine schnelle und durchgreifende Besserung. Allerdings hat sich die Lageeinschätzung zur Jahreswende merklich aufgehellt, nachdem die aufwärts gerichteten Erwartungen vom September des letzten Jahres eingetroffen sind. Die Geschäftsaussichten werden merklich zurückhaltender beurteilt, denn nur noch $\frac{1}{4}$ der befragten Unternehmen erwartet eine bessere Entwicklung in 2010 gegenüber fast einem Drittel im Spätsommer des vergangenen Jahres.

Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2009

Am 14. August 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Wesentlicher Treiber für die Neufassung sind die Finanzkrise und die darauf folgenden internationalen Regulierungsinitiativen.

Durch die Neufassung der MaRisk werden vor allem die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zum Stresstesting, zum Liquiditätsrisiko und zu Risikokonzentrationen geschärft und ausgebaut. Die neuen Anforderungen sind grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2009 umzusetzen. Die BaFin räumt jedoch einen weiteren Umsetzungsspielraum bis zum 31. Dezember 2010 ein, sofern sich bei der Umsetzung der Anforderungen Schwierigkeiten ergeben, die nicht auf Versäumnisse des Instituts zurückzuführen sind. Zur Erfüllung der MaRisk haben wir ein Projekt installiert, welches die verschiedenen Aufgabenstellungen fristgerecht bearbeiten und umsetzen wird.

Geschäftspolitische Strategie der Sparkasse

Darstellung des Unter- nehmenszwecks unter Beachtung des öffentli- chen Auftrags gem. § 2 SpkG

Die Sparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen in öffentlicher Trägerschaft mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des satzungsrechtlichen Geschäftsgebiets und des Trägers, zu dienen. Vornehmlich werden der Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise mit Krediten ausgestattet. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen geführt. Die Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

Geschäftsverlauf im Jahr 2009

Beurteilung des Geschäftsverlaufs insgesamt

Die angespannte gesamtwirtschaftliche Situation hat sich in der Entwicklung der Sparkasse im Geschäftsjahr 2009 nicht abgebildet. Einem hohen Einlagenzuwachs stand ein moderates Kundenwertpapiergeschäft gegenüber. Das Darlehensneugeschäft sorgte im Jahresvergleich trotz erneut hoher Werte bei den Regel- und Sondertilgungen für einen leichten Bestandszuwachs. Die Nutzung der Kontokorrentkredite ging dagegen im Jahresvergleich zurück. Das Neugeschäft mit Verbundprodukten war erneut erfreulich dynamisch und die sehr früh im Jahr eingetretene Normalisierung der Zinsstruktur sorgte für eine deutliche Verbesserung der Ertragslage des Hauses.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Wie schon im Vorjahr war das Bilanzsummenwachstum um 53,5 Mio. € (5,2 %) auf 1.082,9 Mio. € im Wesentlichen durch den Zuwachs bei den Kundeneinlagen geprägt. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich ebenfalls, unter Einbeziehung der Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen betrug es nun 1.129,3 Mio. € (+ 58,8 Mio. € bzw. 5,5 %).

Kreditgeschäft	Die Kundenforderungen, Treuhandkredite und Avale bilden addiert die gesamten Kreditinanspruchnahmen. Es ist gegenüber dem Vorjahr um 7,1 Mio. € (1,1 %) auf 617,4 Mio. € gesunken. Dabei standen den Neuvaluierungen in Höhe von 88,3 Mio. € Regel- und Sondertilgungen sowie eine verringerte Ausnutzung von Kontokorrentkrediten gegenüber. Das budgetierte Jahresziel von + 0,9 % wurde somit verfehlt. Obwohl der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme mit 55,4 % erneut zurückgegangen ist, bleibt dieser Geschäftszweig entsprechend des satzungsmäßigen Auftrages zur Kreditversorgung von Privaten, Mittelstand und Gewerbe das Rückgrad der Anlagen der Sparkasse. Bei der gegenüber dem Vorjahr etwas verhalteneren Kundennachfrage hat die Sparkasse allen vertretbaren Kreditwünschen entsprochen. Das Gesamtvolumen der Darlehenszusagen stieg um 4,9 Mio. €, sie lagen mit insgesamt 100,8 Mio. € leicht über dem Niveau des Vorjahres.
Wertpapiere	Das Volumen der eigenen Wertpapiere, das nach Umschichtungen und weiteren Zukäufen überwiegend aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Titeln besteht, erhöhte sich um 6,3 Mio. € auf 261,6 Mio. €. Der Anteil des Wertpapierspezialfonds an den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich auf 76,7 %.
Beteiligungen	Sowohl in der Bilanzposition selbst wie auch dem Anteil der Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe (99,7 %) gab es keine wesentlichen Veränderungen. Über den Verband sind die Sparkassen indirekt an verschiedenen Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe beteiligt. Das gilt zum Beispiel für die LBS, die Provinzial Nordwest, die WestLB AG und die DekaBank.
Anteile an verbundenen Unternehmen	Hier wird unverändert die 100-prozentige Beteiligung an der Immobilien-Zentrum Rheine GmbH Stadtparkasse Rheine ausgewiesen.
Einlagengeschäft	Das Geschäftsjahr 2009 war von einem lebhaften Einlagengeschäft geprägt, das sich erneut als sehr zinssensibel herausstellte. Das Gesamtvolumen der Kundeneinlagen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieften Verbindlichkeiten und nachrangigen Verbindlichkeiten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 85,6 Mio. € (14,6 %) auf 673,3 Mio. €. Durch diese Entwicklung wurden die Erwartungen für 2009 deutlich übertroffen.
Interbankgeschäft	Der Zuwachs der Forderungen an Kreditinstitute um 58,1 Mio. € (47,6 %) auf 180,2 Mio. € betraf im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Terminanlagen, die bei Kreditinstituten innerhalb der S-Finanzgruppe unterhalten wurden. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 38,3 Mio. € (10,5 %) auf 327,4 Mio. € erklärt sich durch den gezielten Ersatz von Refinanzierungen durch Kundeneinlagen.
Dienstleistungsgeschäft	Die von der Sparkasse vermittelte Anzahl von Versicherungsverträgen war mit 915 um 153 Verträge höher als im Vorjahr. Die Altersvorsorge, Lebens- und Rentenversicherungsverträge standen dabei weiterhin im Vordergrund. Trotz eines Rückganges um 161 auf insgesamt 1.117 Bausparverträge erhöhte sich das vermittelte Vertragsvolumen von 28,0 Mio. € auf 31,0 Mio. €. Infolge der Unruhe und der Turbulenzen an den Geld- und Finanzmärkten sowie den Wertpapierbörsen reduzierte sich der Umsatz im Kundenwertpapiergeschäft auf 54,0 Mio. € nach 120,8 Mio. € im Vorjahr. 51 % des Umsatzes betrafen Fondsanteile, hier vornehmlich der DekaBank. Ende 2009 führte die Sparkasse auf den Konten der Kunden Depotwerte von insgesamt 151,5 Mio. €.
Investitionen	Auch im Geschäftsjahr 2009 wurde der wesentliche Teil der Investitionen turnusgemäß in die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die Informationstechnologie vorgenommen.

Personalbericht

Die Sparkasse beschäftigte am 31.12.2009 insgesamt 242 (2008: 249) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 218 (223) bankspezifisch Beschäftigte sowie 18 (20) Auszubildende.

Die auf Vollzeitkräfte umgerechnete Beschäftigtenzahl (ohne die Auszubildenden) erhöhte sich von 163,1 auf 165,0. 16 Beschäftigte befanden sich zum Bilanzstichtag in der Freizeitphase der Altersteilzeit. Mit 216 Personen beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt nach Köpfen gerechnet 8 weniger als im Vorjahr.

7 junge Menschen beendeten mit Erfolg ihre Ausbildung zum Bankkaufmann und 142 Angestellte nahmen an berufsbezogener Weiterbildung teil. Daran wird deutlich, welchen besonderen Stellenwert die Aus- und Weiterbildung im Zusammenhang mit der Beratungsqualität gegenüber der Kundschaft, aber auch für die internen Belange der Sparkasse hat.

Vermögenslage

Das Eigenkapital der Sparkasse, das am Jahresende in Form der Gewinnrücklagen und des Fonds für allgemeine Bankrisiken ausgewiesen wird, addiert sich nach Zuführung aus dem Bilanzgewinn 2008 auf 62,8 Mio. €. Das Institut verfügt daneben über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG und über angemessene stille Reserven.

Die Eigenkapitalanforderungen des KWG und der SolvV wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Summe der Anrechnungsbeträge für Adressrisiken, Marktrisikopositionen und das operationelle Risiko, überschritt mit einer Gesamtkennziffer von 17,8 % am 31.12.2009 nachhaltig den in der SolvV vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %. Die Sparkasse verfügt damit über eine ausreichende Kapitalbasis für das weitere geschäftliche Wachstum.

Den Risiken im Kreditgeschäft sowie sonstigen Verpflichtungen wurde mit der Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen den strengen Bewertungsmaßstäben entsprechend Rechnung getragen.

Die Wertpapiere des Anlagebestandes wurden zu den Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten angesetzt. Soweit aufgrund der Wertentwicklung die Gründe für die in den vergangenen Geschäftsjahren vorgenommenen Abschreibungen nicht mehr bestehen, wurden Zuschreibungen auf den höheren beizulegenden Wert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten, vorgenommen. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Daneben besteht eine zusätzliche Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden stets eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten. Die Liquiditätskreditlinie bei der WestLB AG nahm die Sparkasse kurzfristig in Anspruch, die Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank dagegen nicht.

Ertragslage

Nach der Normalisierung der Zinsstruktur und der Ablösung institutioneller Refinanzierungen hat sich der Zinsüberschuss gegenüber den Vorjahren spürbar verbessert.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

	2008	2009	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	19.386	21.365	+ 1.979	+ 10,2
Provisionsüberschuss	5.597	5.233	- 364	- 6,5
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	---	---	---	---
Sonstige betriebliche Erträge	1.247	655	- 592	- 47,5
Summe der Erträge	26.230	27.253	+ 1.023	+ 3,9
Personalaufwand	11.085	12.036	+ 951	+ 8,6
Anderer Verwaltungsaufwand	4.411	4.451	+ 40	+ 0,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.948	1.378	- 570	- 29,3
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	8.786	9.388	+ 602	+ 6,9

Zinsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 1 bis 3

Provisionsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge:

GuV-Posten Nr. 8

Sonstige betriebliche Aufwendungen:

GuV-Posten Nr. 11 und 12

Im Zuge der Normalisierung der Zinsstrukturen an den Geld- und Kapitalmärkten verbesserte sich der Zinsüberschuss als wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse um 2,0 Mio. € auf 21,4 Mio. €. Nach den Zahlen des Betriebsvergleichs erhöhte er sich im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme von 1,86 % auf 1,97 %. Damit wurde die für 2009 prognostizierte Zinsspanne deutlich übertroffen.

Der Rückgang des Provisionsüberschusses um 364 T€ ist im Wesentlichen auf das verhaltenere Wertpapiergeschäft mit Kunden zurückzuführen, die in 2009 eher Anlagen in dem traditionellen Einlagengeschäft suchten. Deshalb konnte der für 2009 erwartete Provisionsüberschuss nicht erreicht werden. Der um 951 T€ höhere Personalaufwand ist im Zusammenhang mit den Effekten aus 17 neuen Altersteilzeitverträgen zu sehen.

Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen war mit 40 T€ eine leichte Erhöhung zu verzeichnen.

Erneut konnte der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB dotiert werden. Diese Erhöhung des Eigenkapitals um 4,0 Mio. € wird in der Gewinn- und Verlustrechnung vor Ermittlung des Jahresüberschusses berücksichtigt; im Sinne des KWG ist es ein weiterer Eigenkapitalbestandteil.

Die Zuschreibungen auf die eigenen Wertpapiere und die gegenüber dem Vorjahr zwar höhere, aber weiterhin moderate Risikovorsorge im Kreditgeschäft führten im Ergebnis zu einem geringen Bewertungsertrag. Für die Dotierung der Vorsorgereserven wurde ein höherer Betrag als 2008 reserviert. Da die Sparkasse gegenüber dem Vorjahr ein höheres Ergebnis vor Steuern erwirtschaftet hat, erhöhte sich der Steueraufwand auf 3,9 Mio. €.

Aus dem gleichen Grund wird zum Jahresende mit rd. 1,6 Mio. € ein um 0,6 Mio. € höherer Bilanzgewinn ausgewiesen als für 2008.

Die folgende Tabelle verdeutlicht den Zusammenhang:

	2008	2009	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	8.786	9.388	+ 602	+ 6,9
Fonds für allgemeine Bankrisiken (gem. § 340g HGB)	2.500	4.000	+ 1.500	+ 60,0
Aufwand bzw. Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge	3.296	69	- 3.365	- 102,1
Ergebnis vor Steuern	2.990	5.457	+ 2.467	+ 82,5
Steueraufwand	1.951	3.868	+ 1.917	+ 98,3
Jahresüberschuss/Bilanzgewinn	1.039	1.589	+ 550	+ 52,9

Aufwand bzw. Ertrag aus

Bewertung u. Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 14 bis 17

Zur weitergehenden Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung des Ergebnisses im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die in den vorgenannten Tabellen aufgeführten Aufwendungen und Erträge um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung einem neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung ist nach einigen Jahren des Rückganges erstmals deutlich gestiegen. Es erhöhte sich um 2,2 Mio. € auf 10,3 Mio. €. Im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme verbesserte sich diese wichtige Steuerungsgröße von 0,79 % in 2008 auf 0,95 % in 2009. Damit wurde die zu Beginn des Berichtsjahres prognostizierte Quote deutlich überschritten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung als wesentliche Maßgröße der Ertragskraft liegt damit weiterhin unterhalb des Durchschnitts von Sparkassen vergleichbarer Größenordnung in Westfalen-Lippe. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ermöglicht es aber erneut die angemessene Aufstockung des Eigenkapitals, das Ausgangsbasis für die künftige Geschäftsentwicklung ist.

Auf Grundlage des Betriebsvergleichs ergibt sich für das Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen aus den bereinigten Werten der Erfolgsrechnung eine Quote von 61,7 % (2008: 67,6 %). Die Personalaufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 40,7 % der Erträge (2008: 44,5 %).

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellt sich die wirtschaftliche Position der Sparkasse auch künftig geordnet dar und bietet eine stabile Ausgangsbasis für eine weitere positive Entwicklung.

Ziele und Grundsätze des Risikomanagements

Risikomanagement

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken ist ein Risikomanagement- und Überwachungssystem eingerichtet. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG. Der Bereich „Risikomanagement“ ist in der Unternehmenssteuerung angesiedelt und hat die Aufgabe, die Risiken auf aggregierter Gesamtbankenebene auch in ihrer Wechselwirkung zueinander zu überwachen. Ferner wird das vorhandene Limitsystem weiterentwickelt. Der Vorstand ist für die Festlegung der Risikostراتيجien in den Geschäftsfeldern und für die Entwicklung des Risikomanagements

gementsystems verantwortlich. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich durch den Gesamtrisikoreport über die Einhaltung der Risikostrategie informiert.

Risikostrategie

Der Vorstand der Sparkasse hat in einer Risikostrategie, die über Teilrisikostراتيجien detailliert wird, die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse festgelegt. Danach werden Risiken bewusst vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Entwickelt sich das Ertrags-/Risikoverhältnis ungünstig, erfolgt eine Verringerung oder vollständige Kompensation der Risiken durch geeignete Steuerungsmaßnahmen.

Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten. Die für die Abwicklung notwendigen Prozesse sind in Arbeitsanweisungen festgelegt.

Vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit, der Risikostrategien, des eingerichteten Risikomanagementsystems und des allgemeinen Umgangs mit Risiken bewertet der Vorstand der Sparkasse die geschäftspolitische Ausrichtung als risikoneutral.

Risikomanagementprozesse

Der Risikomanagementprozess der Sparkasse umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken. Die Sparkasse unterscheidet die Risikokategorien Adressen-, Liquiditäts-, Marktpreis-, operationelle und sonstige Risiken. Er teilt sich auf in die Einzelschritte Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, Risikoberichterstattung, Risikosteuerung und Risikokontrolle. Das Risikomanagementsystem ist in den Risikostrategien und einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die Innenrevision prüft im Rahmen des Prüfungsplans in regelmäßigen Abständen das eingerichtete Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen. Des Weiteren wird die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen in umfangreichen Stichproben geprüft.

Struktur und Organisation der Risikosteuerung

Für Kreditgeschäfte ist eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt einschließlich der Ebene des Vorstandes. Darüber hinaus sind für eine Kreditentscheidung bei risikorelevanten Kreditgeschäften zwei zustimmende Voten aus den Bereichen Markt und Marktfolge erforderlich.

Die funktionale Trennung gilt analog für Handelsgeschäfte. Der Bereich Handel ist von den Funktionen des Risikocontrollings sowie der Abwicklung und Kontrolle bis einschließlich der Ebene des Vorstandes getrennt. Mit diesen Maßnahmen wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen.

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die jährlich durchzuführende Risikoinventur erfolgt dezentral durch die jeweils für die Risikosteuerung verantwortlichen Mitarbeiter. Sie beinhaltet auch die Bewertung der Risiken, die mit dem Risikomanager abgestimmt wird. Durch dieses Verfahren bestimmt die Sparkasse die für sie wesentlichen Risiken.

Die einheitliche Bewertung wird anhand einer Risikokennzahl, die sich aus den drei Merkmalen Eintrittswahrscheinlichkeit, mögliche Schadenshöhe und Beherrschbarkeit zusammensetzt, vorgenommen. Nach der Höhe der Risikokennzahl richtet sich die Einordnung des jeweiligen Risikos in eine Risikoklasse. Die Risikoklasse bestimmt den Umfang der notwendigen Maßnahmen zur Beobachtung und Steuerung des jeweiligen Risikos.

Für jedes als bedeutend erkannte Risiko existiert ein Risikoerfassungsbogen, der den Risikomanagementprozess (u. a. Methoden zur Messung) des einzelnen Risikos beschreibt. Die Erfassungsbögen sind Teil des Risikohandbuchs.

Die Aktivitäten zur Messung und Überwachung der Risiken auf Gesamtbank-ebene sind den Bereichen Unternehmenssteuerung und Kreditsekretariat zugeordnet worden. Diese Bereiche analysieren und quantifizieren die Risiken der Sparkasse, überwachen die Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und übernehmen die Risikoberichterstattung.

Der Risikomanager in der Unternehmenssteuerung ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich.

Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung und Verringerung der Risiken werden regelmäßig auf Effizienz überprüft. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Die sich aus der Risikokontrolle ergebenden Korrekturen fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Messung der Risiken erfolgt für die in eine Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken grundsätzlich periodenorientiert. In dieser GuV-orientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Den jeweiligen Risikopotenzialen werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung limitierte Risikodeckungsmassen gegenübergestellt. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken in der Risikostrategie und der jeweils zugehörigen Teilrisikostrategie beschrieben. Die Risiken aus Handelsgeschäften werden über ein zusätzliches Limitsystem überwacht.

Die Dienstanweisungen beinhalten Instrumente und Verfahren, die zur Verringerung von Risiken eingesetzt werden. Dort sind die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse umfassend beschrieben.

Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken wird dem Vorstand und dem Verwaltungsrat regelmäßig im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichtes und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk schriftlich berichtet.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung des Risikos, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategien vorgegebenen Regelungen überprüft werden.

Die Risiken und die Limitauslastungen einzelner Risikoarten werden zusätzlich durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezialisierter Berichte zeitnah und umfänglich dargestellt. Über die Risikoereignisse von wesentlicher Bedeutung werden differenzierte Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt.

Zusätzlich existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnsystem.

Die Adressaten der einzelnen Berichte sind in der Regel der Gesamtvorstand und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Verwaltungsrat.

Adressenausfallrisiken

Die Adressenausfallrisiken umfassen im Wesentlichen das Ausfallrisiko aus Kreditgeschäften, das Beteiligungsrisiko, das Emittenten- und Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften sowie das Länderrisiko. Letzteres spielt aufgrund der regionalen Ausrichtung der Sparkasse eine weniger bedeutende Rolle für die Risikosteuerung.

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr, dass vertraglich zugesagte Leistungen durch den Ausfall eines Geschäftspartners ganz oder teilweise ausbleiben. Ferner besteht das Risiko, dass sich der Wert einer Forderung durch eine nicht vorhersehbare Bonitätsverschlechterung verringert.

Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft

Das Kundenkreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Die geschäftspolitische Ausrichtung im Kreditgeschäft wird jährlich vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit in der Kreditrisikostategie formuliert. Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen dabei die Einhaltung der Risikotragfähigkeit, die Gewährleistung einer hinreichenden Portfolioqualität und die Vermeidung von Konzentrationsrisiken.

Die Limitierung, Steuerung und Überwachung des Gesamtkreditportfolios erfolgt u. a. durch die Festlegung von Kredithöchstgrenzen zur Begrenzung von Einzelrisiken und durch Analysen verschiedener Strukturmerkmale des Kreditportfolios.

Die Analysen sind neben der Limitauslastung und Darstellung der Risikovor-sorge auch Gegenstand des vierteljährlichen Kreditrisiko- sowie des Gesamt-risikoberichtes.

Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems wird die Entwicklung auffälliger Engagements zeitnah beobachtet und mit entsprechenden Maßnahmen gesteuert.

Die Sparkasse wählt ihre Vertragspartner sehr sorgfältig aus. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung des Kreditnehmers. Im risikorelevanten Kreditgeschäft nach den MaRisk ist ein zweites zustimmendes Kreditvotum durch vom Markt unabhängige Marktfolgeeinheiten erforderlich.

Zur Beurteilung der Bonität der Kreditnehmer werden verschiedene Module eingesetzt. Jahresabschlüsse werden mithilfe eines vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) entwickelten Einzelbilanzanalysesystems ausgewertet. Die Auswertungen werden gegebenenfalls um Unternehmer- und Unternehmensbeurteilungen ergänzt.

Es werden die vom DSGV bzw. der S-Rating- und Risikosysteme GmbH (SR) entwickelten einheitlichen Risikoklassifizierungsverfahren der Sparkassenorganisation eingesetzt. Die Verfahren berücksichtigen die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Kundengruppen.

Die Organisation des Kreditgeschäfts und die Bonität einzelner Kreditnehmer werden jährlich durch die Innenrevision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Zur Steuerung des Firmenkundenkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Darüber hinaus werden Vergleiche im Zeitablauf in absoluten und relativen Zahlen vorgenommen, um die Entwicklung des Portfolios erkennen zu können.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei denen sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, hat die Sparkasse ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine frühzeitige Risikoidentifizierung ermöglichen. Für den Firmen- und Gewerbekundenbereich wird ein EDV-gestütztes Verfahren eingesetzt, das eine systematische Risikofrüherkennung unterstützt.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, wird in Abhängigkeit von den aufgetretenen Risikomerkmale und der Größe der Engagements über die Intensität der künftigen Betreuung entschieden. Die Engagements werden gesondert überwacht und vierteljährlich analysiert. Aus dieser Analyse werden ggf. zielgerichtete, risikomindernde Handlungsmaßnahmen abgeleitet.

Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeitern betreut. Grundlage ist jeweils ein Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzept (Problemkredite).

Die Sparkasse hat in Organisationsrichtlinien Kriterien festgelegt, auf deren Grundlage eine Sanierung, Abwicklung oder Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen zu erfolgen hat.

Diese Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen.

Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Das Gesamtrisiko unseres Kundenkreditgeschäfts zeigt sich gemäß des Kreditrisikoberichtes per 31.12.2009 gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert.

Nach unserer Risikoklassifizierung ist der Bestand der Kreditengagements in den Ratingklassen mit erhöhten Risiken, wie schon im Vorjahr, auf niedrigem Niveau.

Die Limite lt. Risikotragfähigkeit wurden nur teilweise belegt.

Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen

Die Sparkasse ist am Kapital des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe beteiligt, dies ist auf die Pflichtmitgliedschaft zurückzuführen. Die Sparkasse verzichtet daher bis auf weiteres auf ein eigenständiges Risikocontrolling sowie eine gesonderte Risikostrategie. Der SVWL ist u. a. Träger von Beteiligungen an der Provinzial NordWest Versicherungsgruppe, der WestLB AG und der Landesbausparkasse LBS.

Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt.

Aus der Beteiligung am SVWL stammen Risiken durch die (indirekte) Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG und durch die Entwicklung der WestLB AG, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Der Buchwert der Beteiligung am SVWL entspricht den Anschaffungskosten. Inwieweit dieser Wertansatz möglicherweise durch die weitere Entwicklung der WestLB AG künftig belastet wird, ist zurzeit nicht abzusehen.

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

In der Risikostrategie, der zugehörigen Marktpreisrisikostrategie und den Arbeitsanweisungen hat der Vorstand festgelegt, dass Handelsgeschäfte ausschließlich unter Berücksichtigung folgender Rahmenbedingungen abgeschlossen werden können:

- Geldhandelsgeschäfte in Form von Tages- und Termingeldanlagen zur Anlage liquider Mittel und zu Zwecken des Bilanzstrukturmanagements.
- Anlage in festverzinslichen Wertpapieren und Investmentfonds zu Zwecken des Bilanzstrukturmanagements und zur Verbesserung der Rentabilität.
- Anlage in Aktien zur Verbesserung der Rentabilität.
- Devisengeschäfte in geschlossenen Positionen.

Die Sparkasse Rheine hat sich vor dem Hintergrund des eingeschränkten Umfangs an Handelsgeschäften als Nichthandelsbuchinstitut definiert. Den Umfang derartiger Geschäfte hat sie auf 14,0 Mio. € begrenzt.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten(gruppen) begrenzt. In der internen Steuerung werden ausgehend von den Bonitätseinschätzungen der Ratingagentur Standard & Poors (S&P) die Ausfallwahrscheinlichkeiten für Adressenausfallrisiken durch Umrechnung auf die DSGV-Masterskala berücksichtigt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von S&P verfügen, greifen definierte Regeln, um die Adressenausfallrisiken abzubilden.

Die Adressenausfallrisiken aus den Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Für die Messung der Adressenausfallrisiken werden die Ratings der jeweiligen Emission oder des Emittenten verwendet. Das Emissionsrating berücksichtigt auch die Qualität des jeweiligen Wertpapiers, z. B. die Besicherung bei Pfandbriefen. Das Emissionsrating bildet das Risiko i. d. R. besser als das Rating des Emittenten ab.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von Wertpapieren, Devisen und Rohstoffpreisen, aus Schwankungen der Zinssätze und den daraus resultierenden Preisveränderungen der Derivate.

Zu den Marktpreisrisiken der Sparkasse zählt in erster Linie das Risiko zinsinduzierter Abschreibungen.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien, letzteres mit einer fest vorgegebenen Haltedauer von zehn Tagen.

Darüber hinaus wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Die für die Berechnungen notwendigen Risikoparameter werden von der WestLB AG zur Verfügung gestellt. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 99%-igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Stützbereich der Parameter sind die letzten 250 Handelstage.

Der berechnete Value-at-Risk wird dem bereitgestellten Risikodeckungskapital gegenübergestellt. Er wird durch das Globallimit „Marktpreisrisiken“, das vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit festgelegt wird, begrenzt.

Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes in Wertpapieren werden auf der Grundlage der MaRisk täglich durch den Bereich Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet.

Über die Auslastung der Limite wird die Geschäftsleitung mindestens wöchentlich, bei bestimmten Entwicklungen sogar täglich, über den „Marktpreisrisikoreport“ informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand monatlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse.

Vierteljährlich wird ein Worst-case-Szenario durch Verlängerung der Halte-
dauer errechnet.

Die angewandten Risikoparameter werden jährlich einem Backtesting unter-
zogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen
Geschäftsjahr innerhalb der von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfä-
higkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen
auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an
Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktienkursrisiken werden auf das Limit für Marktpreisrisiken angerechnet.

Währungsrisiken

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden ent-
stehen, werden 1 : 1 über Deckungsgeschäfte glattgestellt, so dass die Spar-
kasse keine offenen Devisenpositionen unterhält.

Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse wird hinsichtlich der Auswirkungen
auf die Gewinn- und Verlustrechnung untersucht.

Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung resultieren aus un-
terschiedlichen Beständen an festverzinslichen Aktiva und Passiva, so dass
sich bei Marktzinsveränderungen z. B. der Zinsaufwand stärker erhöhen kann
als der Zinsertrag. In regelmäßigen Abständen wird das Zinsänderungsrisiko
der Sparkasse mithilfe von Zinsspannensimulationen ermittelt.

Das Zinsspannenrisiko wird unter Berücksichtigung der Konditionenpolitik in
Verbindung mit definierten Zinsanpassungselastizitäten über unterschiedli-
che Zinsszenarien berechnet (dynamische Elastizitätenbilanz).

Die Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos auf die zukünftige Ertragslage
sind nicht unbedeutend.

Zur Beurteilung der aktuellen und künftigen Ertragslage werden der Ge-
schäftsleitung regelmäßig Prognoserechnungen mit verschiedenen Zinsent-
wicklungs- und Strukturszenarien vorgelegt.

Management der Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, dass die Sparkasse
ihren Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht mehr nach-
kommen kann. Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der
Vorstand in einer Liquiditätsrisikostategie festgelegt. Diese beinhaltet unter
anderem eine Vorgabe für einen Mindestliquiditätsbestand, der nicht nach-
haltig unterschritten werden darf.

Dazu werden unter anderem ausreichende Kassenbestände sowie Termin-
und Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten unterhalten. Darüber
hinaus bestehen umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deut-
schen Bundesbank und anderen Kreditinstituten.

Die Fälligkeiten sind auf die erwarteten Zahlungsströme aus dem Kundenge-
schäft und aus eigenen Wertpapieranlagen abgestimmt.

Bei den Dispositionen werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die
außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.
Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquidi-
tätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies
auch für die Zukunft gewährleistet.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Gutha-
ben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind als Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Technische Risiken beziehen sich auf die Funktionsbereitschaft technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme sowie die Funktionsfähigkeit von Kommunikationsmitteln. Auswirkungen von Katastrophen, hervorgerufen durch Naturereignisse oder Terroranschläge, können sich ebenfalls in technischen Risiken niederschlagen.

Davon zu unterscheiden sind die Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden. Unter die strategischen Risiken fällt z. B. die Gefahr, dass sich rechtliche Rahmenbedingungen zum Nachteil der Sparkasse ändern.

Den Verhaltensrisiken begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der einzelnen Organisationseinheiten und der Innenrevision überwacht wird. Weiterhin erfolgt im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems die Überprüfung der fachlichen Kompetenzen und charakterlichen Eigenschaften der Mitarbeiter. Die fachliche Kompetenz wird durch bedarfsgerechte, strukturierte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt.

Für die technischen Risiken hat die Sparkasse entsprechende Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner bestehen für Notfall- und Katastrophensituationen Alarm- und Räumungspläne für die Hauptstelle der Sparkasse. Für die Konformität des eingesetzten EDV-Instrumentariums wurde entsprechende Vorsorge getroffen. Einzelheiten dazu wurden vom Vorstand in der IT-Strategie festgelegt.

Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Für die Bewertung der operationellen Risiken hat die Sparkasse eine Schadensfalldatenbank implementiert, womit die in der Sparkasse aufgetretenen Schadensfälle erfasst werden.

Der Vorstand wird jährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten organisatorischen und personellen Maßnahmen unterrichtet.

Die Summe der Schäden aus operationellen Risiken lag unterhalb des Limits.

Risikotragfähigkeit

Der Risikomanager legt vierteljährlich dem Vorstand einen Gesamtrisikobericht vor. Er umfasst eine zusammenfassende Darstellung und Würdigung aller wesentlichen Einzelrisiken sowie die Bewertung der Gesamtrisikosituation der Sparkasse.

Der Bericht basiert auf einer GuV- bzw. periodenorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung. Dieser Bericht und ggf. zur Risikominderung eingeleitete Maßnahmen werden dem Verwaltungsrat vom Vorstand vorgestellt und mit diesem erörtert.

Das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse setzt sich aus dem Eigenkapital und den Vorsorgereserven zusammen. Ferner wird das prognostizierte Jahresergebnis nach Abzug eines geplanten Mindestgewinnes unter Beachtung von Steuerzahlungen sowie geplanten Ausschüttungen berücksichtigt. Das Risikopotenzial wird i. d. R. aus Erfahrungswerten der Vergangenheit abgeleitet. Beim Adressenrisiko aus Kundengeschäften wird ein langfristiger Durchschnittswert unter Berücksichtigung der Erwartungen für die Zukunft angesetzt.

Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden, orientiert am Rating bzw. an den Value-at-Risk-Werten, gemessen.

Das Zinsspannenrisiko und das Bewertungsrisiko der festverzinslichen Wertpapiere wird über Simulationen ermittelt.

Bei der Limitierung des Liquiditätsrisikos orientiert sich die Sparkasse an festgelegten Kennzahlen.

Die Limitierung der operationellen Risiken orientiert sich an den Verwaltungsaufwendungen.

Die Risiken sind vor dem Hintergrund des Risikodeckungspotenzials jederzeit tragbar.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Ausgehend von der sich seit Mitte 2009 abzeichnenden Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gehen die Experten davon aus, dass es in 2010 zu einer moderaten Aufwärtsbewegung kommen wird. So liegen ihre Schätzungen für das Wachstum mit 1,4 % bis 1,6 % sehr nahe beieinander. Man ist sich auch darin einig, dass die positiven Impulse von den exportorientierten Unternehmen ausgehen, die von der Erholung des weltwirtschaftlichen Umfeldes partizipieren. Von der Inlandsnachfrage und dem privaten Konsum werden keine wesentlichen Anstöße erwartet.

Im Jahresdurchschnitt wird nach 3,4 Mio. im Jahre 2009 aktuell mit 4,0 Mio. Arbeitslosen gerechnet. Die durchschnittliche Inflationsrate sehen die Sachverständigen nach 0,4 % nunmehr bei 1,2 %. Die Staatsverschuldung wird durch die sinkenden Steuer- und Beitragseinnahmen und die konjunkturell bedingten Mehrausgaben erheblich ansteigen.

Nach den Erhebungen der IHK Nordwestfalen rechnet die breite Mitte der Unternehmen im nördlichen Münsterland für das laufende Jahr mit einer unveränderten Entwicklung gegenüber 2009. Als Risiken für das Jahr 2010 werden in erster Linie die Entwicklung der Inlandsnachfrage mit dem Ende der Abwrackprämie, das absehbare Auslaufen der Konjunkturpakete und die Sorge, dass die Beschäftigung deutlich zurückgehen könnte gesehen.

Unter Berücksichtigung der Annahmen zur regionalen und bundesweiten Prosperität gehen wir für die Sparkasse mit unterschiedlichen, aber durchgängig positiven Erwartungen von der Entwicklung in den einzelnen Geschäftsfeldern aus.

Bilanzsumme

Nach dem Budget wird die Bilanzsumme allerdings nicht wachsen, weil weitere Refinanzierungsmittel institutioneller Anleger bei Fälligkeit aus Kundeneinlagen oder eigenen Wertpapieren abgelöst werden sollen.

Kreditgeschäft

Der geplante Zuwachs von 1,7 % bei den Forderungen an Kunden dürfte erwartungsgemäß im Wesentlichen bei den privaten Krediten und Darlehen entstehen, das gewerbliche Geschäft wird mit einem leichten Plus erwartet. Für 2011 erwarten wir eine vergleichbare Entwicklung.

Von den Kreditprogrammen, die zur Konjunkturstützung seitens der öffentlichen Hand aufgelegt wurden, dürften positive Impulse für diesen Geschäftsbereich ausgehen.

Einlagengeschäft

Für das Jahr 2010 planen wir bei den Kundeneinlagen mit einem Wachstum von 3,9 %. Gegenüber 2009 wäre das eine Stabilisierung auf etwas geringerem Niveau, das sich in 2011 voraussichtlich weiter zurückbilden wird.

Erneut dürfte die Erreichung des Zieles von der kundenorientierten Konditionierung der Einlagen hinsichtlich Zinssatz und Laufzeit abhängig sein.

**Dienstleistungs-
geschäft**

Für 2010 und 2011 erwarten wir etwas höhere Ergebnisse bei Umsatz und Ertrag durch Zuwächse im Verbund- und Kundenwertpapiergeschäft.

Finanzlage

In den Geschäftsjahren 2010 und 2011 sind keine größeren oder besonderen Investitionen vorgesehen.

Aus dem erwarteten Zuwachs bei den Kundeneinlagen kann planmäßig das Plus im Bereich der Kredite und Darlehen refinanziert werden.

Ertragslage

Nachdem sich die Zinsspanne bereits im Vorjahr deutlich verbessert hat, erwarten wir für 2010 nicht zuletzt durch die Ablösung institutioneller Refinanzierungen einen weiteren spürbaren Anstieg dieser zentralen Position. Der ordentliche Ertrag und der ordentliche Aufwand werden ebenfalls mit höheren Werten als im Vorjahr abschließen, Gleiches gilt für das Betriebsergebnis vor Bewertung, das erneut, aber weniger stark als im Vorjahr steigen wird. Dieses erwarten wir 2011 auf ähnlich gutem Niveau.

Eine Prognose des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft ist grundsätzlich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, denn unvorhersehbare negative Entwicklungen einzelner Kreditnehmer können jederzeit zu einem nennenswerten Risikovorsorgebedarf führen. Ob sich die moderate Risikolage der letzten Geschäftsjahre vor dem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund beibehalten lässt, wird sich zeigen. Deshalb ist eine Quantifizierung des Bewertungsergebnisses nicht möglich.

Die Prognose des Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft für das Jahr 2010 und 2011 ist mit deutlicher Unsicherheit behaftet und insbesondere von der Zinsentwicklung abhängig.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG nach aktuellem Kenntnisstand in den nächsten 5 Jahren durchschnittlich mit 545 T€ pro Jahr belastet.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert, und das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

STADTSPARKASSE RHEINE
DER VORSTAND

Tilly

Buschkühle

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Der Verwaltungsrat nahm im Berichtsjahr seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben wahr. Der Vorstand der Sparkasse unterrichtete den Verwaltungsrat in insgesamt sieben Sitzungen regelmäßig über grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse.

Die Geschäftsführung des Vorstands wurde durch den Verwaltungsrat überwacht, und er fasste die in seiner Zuständigkeit liegenden Beschlüsse.

Die Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe prüfte den vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht des Jahres 2009. Der Verwaltungsrat wurde ausführlich über den Ablauf und das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Die Prüfungsstelle hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss 2009 fest und billigte den Lagebericht des Vorstands.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Darüber hinaus bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gemeinsam geleistete engagierte Arbeit. Sie trug wesentlich zum Erfolg des Geschäftsjahrs 2009 bei.

Rheine, 7. Mai 2010

Josef Wilp

vorsitzendes Mitglied
des Verwaltungsrates

Jahresabschluss



zum 31. Dezember 2009

der	Stadtsparkasse Rheine
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Münster (Westf.)

	EUR	EUR	EUR	31.12.2008 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		8.600.411,59		6.963
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>11.862.738,15</u>		<u>11.665</u>
			20.463.149,74	<u>18.628</u>
2. Schudltitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schudltitel öffentlicher Stellen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		29.877.331,92		32.004
b) andere Forderungen		<u>150.350.673,40</u>		<u>90.144</u>
			180.228.005,32	<u>122.148</u>
4. Forderungen an Kunden			<u>600.054.671,67</u>	<u>608.050</u>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	405.494.736,47 EUR			(407.150)
Kommunalkredite	<u>11.574.394,16</u> EUR			(10.106)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	<u>-,-</u>			<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> EUR			(-)
ab) von anderen Emittenten	<u>-,-</u>			<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> EUR			(-)
		-,-		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	<u>6.600.883,56</u>			<u>6.568</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>6.600.883,56</u> EUR			(6.568)
bb) von anderen Emittenten	<u>163.726.680,23</u>			<u>159.876</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>163.726.680,23</u> EUR	<u>170.327.563,79</u>		<u>166.444</u>
				(159.876)
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
Nennbetrag	<u>-,-</u> EUR			(-)
			170.327.563,79	166.444
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			<u>91.275.562,48</u>	<u>88.871</u>
7. Beteiligungen			<u>8.850.150,00</u>	<u>8.850</u>
darunter:				
	<u>-,-</u> EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> EUR			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			<u>150.000,00</u>	<u>150</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,-</u> EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> EUR			(-)
9. Treuhandvermögen			<u>248.431,37</u>	<u>310</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>248.431,37</u> EUR			(310)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			<u>-,-</u>	<u>-</u>
11. Immaterielle Anlagewerte			<u>84.102,00</u>	<u>124</u>
12. Sachanlagen			<u>9.200.147,53</u>	<u>9.915</u>
13. Sonstige Vermögensgegenstände			<u>966.461,38</u>	<u>4.627</u>
14. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>1.045.697,58</u>	<u>1.281</u>
Summe der Aktiva			1.082.893.942,86	1.029.398

	EUR	EUR	EUR	31.12.2008 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		7.104,35		5.410
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>327.385.933,15</u>		<u>360.275</u>
			327.393.037,50	<u>365.685</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	275.106.141,76			234.178
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>3.071.111,30</u>			<u>3.018</u>
b) andere Verbindlichkeiten		<u>278.177.253,06</u>		<u>237.196</u>
ba) täglich fällig	277.415.472,08			215.857
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>107.711.425,17</u>			<u>118.545</u>
		<u>385.126.897,25</u>		<u>334.402</u>
			663.304.150,31	<u>571.598</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		3.858.717,81		8.831
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:			3.858.717,81	8.831
Geldmarktpapiere	-,- EUR			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- EUR			(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten			248.431,37	310
darunter: Treuhandkredite	<u>248.431,37</u> EUR			(310)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			764.874,51	1.164
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.442.170,22	1.577
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		6.178.207,00		5.911
b) Steuerrückstellungen		<u>2.401.500,00</u>		<u>-</u>
c) andere Rückstellungen		<u>6.771.748,06</u>		<u>8.053</u>
			15.351.455,06	<u>13.964</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			6.147.635,62	7.224
10. Genussrechtskapital			-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- EUR			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			13.000.000,00	9.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	48.255.343,31			47.467
cb) andere Rücklagen	<u>1.539.493,21</u>			<u>1.539</u>
		49.794.836,52		<u>49.006</u>
d) Bilanzgewinn		<u>1.588.633,94</u>		<u>1.039</u>
			51.383.470,46	<u>50.045</u>
Summe der Passiva			1.082.893.942,86	1.029.398

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>17.127.920,94</u>		<u>16.154</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			17.127.920,94	<u>16.154</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>29.295.261,99</u>		<u>24.931</u>
			29.295.261,99	<u>24.931</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	EUR	EUR	EUR	2008 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	37.853.235,85			40.044
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	7.219.978,33			5.463
		45.073.214,18		45.507
2. Zinsaufwendungen		27.072.135,82		29.989
			18.001.078,36	15.518
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.193.125,53		3.636
b) Beteiligungen		159.714,73		181
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		11.326,68		51
			3.364.166,94	3.868
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,--	-
5. Provisionserträge		5.637.544,11		5.992
6. Provisionsaufwendungen		404.342,39		395
			5.233.201,72	5.597
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			-,--	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			654.201,63	1.247
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,--	-
			27.252.648,65	26.230
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	9.044.541,47			8.142
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung darunter: für Altersversorgung	2.991.742,07 (1.207.613,24)			2.943 (1.299)
		12.036.283,54		11.085
b) andere Verwaltungsaufwendungen		4.450.845,97		4.411
			16.487.129,51	15.496
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.178.470,39	1.298
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			199.330,09	651
13. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			4.000.000,00	2.500
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		586.733,60		3.861
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,--		-
			586.733,60	3.861
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-,--		-
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		655.859,27		565
			655.859,27	565
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,--	-
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			-,--	-
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			5.456.844,33	2.989
21. Außerordentliche Erträge		-,--		-
22. Außerordentliche Aufwendungen		-,--		-
23. Außerordentliches Ergebnis			-,--	-
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.825.745,68		1.908
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		42.464,71		42
			3.868.210,39	1.950
26. Jahresüberschuss			1.588.633,94	1.039
27. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,--	-
			1.588.633,94	1.039
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,--		-
b) aus anderen Rücklagen		-,--	-,--	-
			1.588.633,94	1.039
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,--		-
b) in andere Rücklagen		-,--		-
			-,--	-
30. Bilanzgewinn			1.588.633,94	1.039

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs in der bis zum 28.05.2009 geltenden Fassung (HGB) aufgestellt. Darüber hinaus wurden die gemäß Artikel 66 Abs. 2 Satz 1 EGHGB erforderlichen Angaben im Anhang nach der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (HGB (BilMoG)) berücksichtigt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig über die vereinbarte gesamte Darlehenslaufzeit bzw. auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt. Wechsel werden abgezinst mit den Her-einnahmesätzen ausgewiesen.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kauf-männischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Soweit die Gründe für vorgenommene Wertbe-richtigungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Lie-gen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Pro-dukte für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Strukturierte Schuldscheindarlehen

Wir halten am Bilanzstichtag TEUR 76.000 (Nominalwerte) strukturierte Schuldscheindarlehen im Be-stand. Die kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen weisen im Vergleich zu nicht strukturierten Fi-nanzinstrumenten hinsichtlich ihrer Verzinsung, ihrer Laufzeit und/oder ihrer Rückzahlung besonde-re Ausstattungsmerkmale auf.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip). Für die Wertpapiere des Anlage- vermögens wird aufgrund der Absicht, diese bis zur Endfälligkeit in Dauerbesitzabsicht zu halten, von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, Abschreibungen auf die steuerlich anerkannte Bewertungsunter- grenze zu beschränken. Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden zu den Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten angesetzt. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminde- rung haben wir auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Soweit aufgrund der Wert- entwicklung die Gründe für die in den vergangenen Geschäftsjahren vorgenommenen Abschreibun- gen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen auf den höheren beizulegenden Wert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Wir haben unsere Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Ab- schlussstichtag verwendet.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investmentrechtlichen Rücknah- mepreis angesetzt.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Soweit die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen bis zum Zeitwert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Dabei orientieren wir uns grundsätzlich an der von der Finanzverwaltung vorgegebenen Nutzungsdauer; für Mobilien an den sog. Abschreibungstabellen, für Immobilien an § 7 EStG. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Das Hauptstellen- und zwei Geschäftsstellengebäude werden degressiv abgeschrieben.

Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden - soweit steuerrechtlich zulässig - degressiv abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet. Es wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode überzugehen, wenn dies zu höheren Abschreibungen führt.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Laufzeit bzw. die Dauer der Festzinsvereinbarung planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des Betrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entsprechend dem Teilwertverfahren mit einem Rechnungszins von 4 % ermittelt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte, Futures) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet. Die zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 340h HGB.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt jeweils TEUR 7.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der WestLB AG, Düsseldorf, sind in den nebenstehenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2009 TEUR	31.12.2008 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	129.500	94.587
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.000	25.397

Wertpapiere

Aufteilung der in den nebenstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren.

	insgesamt TEUR	börsen notiert TEUR	nicht bör- sennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	170.328	155.383	14.945
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	91.276	3.400	87.876

Finanzanlagevermögen

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

	Buchwert	
	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	74.867	105.501
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	21.230	21.746
Beteiligungen	8.850	8.850
Anteile an verbundenen Unternehmen	150	150
Sonstige Vermögensgegenstände	8	8

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2009 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2009	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.09	Buchwert 31.12.08
1. Immaterielle Anlagewerte	434	74	9	(114)	415	84	124
2. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	20.976	-	-	(646)	12.840	8.136	8.782
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.593	349	369	(418)	9.509	1.064	1.133
3. Sonstige Vermögensgegenstände	47	-	-	(-)	-	47	47

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 8.086 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2009 TEUR	31.12.2008 TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	988	1.208
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	184	202
Agio aus Verbindlichkeiten	5	1

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2009 TEUR	31.12.2008 TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.016	15.080

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	63.367

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unten aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag TEUR	Wäh- rung	Zinssatz %	fällig am	Außer- ordentliches Kündi- gungsrecht
3.600	EUR	3,25	25.11.2010	nein

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt TEUR 2.500, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,14 % und eine Laufzeit von 6 Jahren. Davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, TEUR 1.000 fällig.

Für von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von TEUR 241 angefallen.

Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Ummwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in TEUR)

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	119	136	173	173
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	53	226	-	-

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2010 fällig
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	60.000	17.000	17.000	55.000		
4. Forderungen an Kunden	10.923	38.616	182.569	344.325	23.444	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						25.649
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	15.028	11.681	174.400	123.241		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	377	2.056	561	77		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	71.024	27.286	8.589	379		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						3.105

Von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV, anteilige Zinsen nicht in die Fristengliederung einzubeziehen, haben wir Gebrauch gemacht.

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Periodenfremde Aufwendungen

Durch die vorzeitige Rückgabe von an Kreditinstitute verkauften Sparkassenbriefen sind Vorfälligkeitsentschädigungen von TEUR 417 angefallen (Posten der Gewinn- und Verlustrechnung Nr. 2). Für neu geschlossene Altersteilzeitvereinbarungen wurden Rückstellungen von TEUR 973 gebildet, die anderen Geschäftsjahren zuzuordnen sind (Posten der Gewinn- und Verlustrechnung Nr. 10a).

D. Sonstige Angaben

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr Devisentermingeschäfte abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren. Die Geschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Es erfolgen unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte, so dass hieraus offene Positionen nicht entstehen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte sind in folgender Aufstellung zusammengefasst:

	Nominalbeträge		
	Insgesamt	Handels-geschäfte	Deckungs-geschäfte
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	80	40	40

Beizulegende Zeitwerte derivativer Finanzinstrumente

Den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten sind folgende beizulegende Zeitwerte beizumessen:

	Beizulegende Zeitwerte		
	Sicherungsgeschäfte		Handelsge-schäfte
	Micro-Hedge	Macro-Hedge	
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	-2	-	2

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) mit den von der EZB veröffentlichten Referenzkursen bewertet. Wir haben die negativen und positiven Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente gleicher Art verrechnet.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse Rheine ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (ZKW). Trägerin der ZKW ist die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster (WVK). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die ZKW ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der WVK.

Aufgabe der ZKW ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der ZKW erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mindestens für einen zehnjährigen Zeitraum (gleitender Deckungsabschnitt) berechnet.

Die ZKW betrachtet jedoch tatsächlich versicherungsmathematisch die voraussichtliche Entwicklung in einem ewigen Deckungsabschnitt. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Bei dauerhafter Erhebung dieses Hebesatzes können bei den zugrunde gelegten Prämissen die Verpflichtungen der ZKW voraussichtlich dauerhaft erfüllt werden. Die an die ZKW geleisteten Zahlungen betrugen in 2009 TEUR 609.

Wenn ein Mitglied die ZKW verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der ZKW verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2008 hätte die Ausgleichszahlung EUR 17,0 Mio betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2009 kann von der ZKW erst im dritten Quartal 2010 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, eine Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der Abwicklungsanstalt von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von EUR 3,0 Mrd ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der WestLB AG auf die Abwicklungsanstalt verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 15,5 Mio im Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ansparen. Nach Ablauf von 10 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB (BilMoG)

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	121
andere Bestätigungsleistungen	13
Gesamtbetrag	134

Angabe der Bezüge von Vorstand und Verwaltungsrat

Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Armin Tilly, erhielt für seine Tätigkeit TEUR 268, Herr Hans-Jörg Buschkühle erhielt als Mitglied des Vorstandes TEUR 245.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von TEUR 35.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 239 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betrugen am 31.12.2009 TEUR 2.662.

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2009 Kredite in Höhe von TEUR 8 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 1.776 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2009	2008
Vollzeitkräfte	131	134
Teilzeitkräfte	69	73
Auszubildende	200	207
Insgesamt	16	17
	216	224

Verwaltungsrat (bis 26.10.2009)

<u>Vorsitzendes Mitglied</u>		<u>Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds</u>	
Josef Wilp	Rektor a. D., MdL	Günter Thum	Oberstleutnant a. D.
		Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.
<u>Mitglieder</u>		<u>Stv. Mitglieder</u>	
Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.	Marianne Helmes	Hausfrau
Norbert Dörnhoff	Leiter des Kinderheimes des Caritasverbandes Rheine	Raphael Bögge	Student
Hermann-Josef Kohnen	Technischer Angestellter in der Energieversorgung	José Azevedo	Softwareentwickler bei einem Telekommunikationsunternehmen
Bernhard Heeke	Betriebsprüfer beim Bundesamt für Güterverkehr	Ludger Winnemöller	Lokführer bei einer Eisenbahngesellschaft
Paul Willers	Selbstständiger Unternehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbereich	Theodor Pompey	Selbstständiger Unternehmensberater i. R.
Udo Mollen	Referatsleiter beim Bildungswerk des Landessportbundes NRW	Elisabeth Lietmeyer	Selbstständige Architektin
Jürgen Roscher	Kriminaldirektor	Antonio Berardis	Rentner
Günter Thum	Oberstleutnant a. D.	Falk Toczowski	Wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten
Michael Reiske	Sozialoberinspektor bei einer Kommune	Rainer Ortel	Lehrer

<u>Mitarbeitervertreter</u>		<u>Stv. Mitarbeiter-vertreter</u>	
Johannes Hennigfeld	Sparkassenangestellter	Michaela Engel	Sparkassenangestellte
Wilfried Grotke	Sparkassenangestellter	Franz Pohl (bis 30.03.2009)	Sparkassenangestellter
		Silke Fülle-Pietsch (ab 31.03.2009)	Sparkassenangestellte
Manfred Wessels	Sparkassenangestellter	Günter Göcke	Sparkassenangestellter
Klaus Helmich	Sparkassenangestellter	Günter Heeke	Sparkassenangestellter
Herbert Berlekamp (bis 30.03.2009)	Sparkassenangestellter	Michael Linde	Sparkassenangestellter
Franz Pohl (ab 31.03.2009)	Sparkassenangestellter		

Beratende Teilnahme

Dr. Angelika Kordfelder Hauptamtliche Bürgermeisterin

Verwaltungsrat (ab 27.10.2009)

<u>Vorsitzendes Mitglied</u>		<u>Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds</u>	
Josef Wilp	Rektor a. D., MdL	Günter Thum	Oberstleutnant a. D.
		Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.
<u>Mitglieder</u>		<u>Stv. Mitglieder</u>	
Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.	Matthias Auth	Vertriebsingenieur für Nutzfahrzeuge
Andree Hachmann	Rechtsanwalt	Theodor Pompey	Selbstständiger Unternehmensberater i. R.
Alfred Holtel (ab 15.12.2009)	Geschäftsstellenleiter bei der Arbeitsagentur	Jörg Niehoff (ab 15.12.2009)	Angestellter Betriebswirt in der Wohnungswirtschaft
Hermann-Josef Kohnen	Technischer Angestellter in der Energieversorgung	José Azevedo	Softwareentwickler bei einem Telekommunikationsunternehmen
Udo Mollen	Referatsleiter beim Bildungswerk des Landessportbundes NRW	Falk Toczowski	Wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten
Michael Reiske	Sozialoberinspektor bei einer Kommune	Jürgen Niemeyer	Selbstständiger Unternehmer für elektronische Verkaufsoptimierung
Jürgen Roscher	Kriminaldirektor	Günter Löcken	Bankkaufmann i. R.
Günter Thum	Oberstleutnant a. D.	Peggy Fehrmann	Marketingleiterin in der Energieversorgung
Paul Willers	Selbstständiger Unternehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbereich	Johannes Havers	Dipl. Ingenieur für Mess- und Eichwesen
<u>Mitarbeitervertreter</u>		<u>Stv. Mitarbeitervertreter</u>	
Wilfried Grotke	Sparkassenangestellter	Johannes Hennigfeld	Sparkassenangestellter
Sonja Schievelkamp	Sparkassenangestellte	Manfred Wessels	Sparkassenangestellter
<u>Beratende Teilnahme</u>			
Dr. Angelika Kordfelder	Hauptamtliche Bürgermeisterin		

Vorstand

Armin Tilly

Vorsitzender

Hans-Jörg Buschkühle

Mitglied

Rheine, 12. März 2010

Der Vorstand

Tilly

Sparkassendirektor

Buschkühle

Sparkassendirektor

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtsparkasse Rheine für das Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis 31.12.2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 21. April 2010

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

- Prüfungsstelle -

Harmann
Wirtschaftsprüfer